

Die Entwicklung des kantonalen Eherechts seit der Helvetik

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse**

Band (Jahr): **73 (1979)**

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

die Bundesverfassung von 1848 verboten¹, um die Ehefreiheit aber wurde noch bis zur Revision der Bundesverfassung 1874 gestritten. Doch konnte kein Kanton mehr unerlaubtes Heiraten mit dem Verlust des Heimatrechtes bestrafen.

IV. DIE ENTWICKLUNG DES KANTONALEN EHERECHTS SEIT DER HELVETIK

Bis 1848 vom Konkordatsrecht und nachher vorderhand vom Bundesrecht fast völlig unberührt blieb das kantonale Privatrecht. Auch auf dem Gebiete des Eherechts erfreute es sich einer großen Vielfalt. Kein Kanton besaß das genau gleiche Eherecht wie ein anderer, ja sogar innerhalb eines einzelnen Kantons galten oft für verschiedene Konfessionen oder Regionen abweichende Regelungen². Diesen verschiedenen kantonalen Normen betreffend Eheschluß und Ehescheidung wollen wir uns nun zuwenden, wobei wir vor allem auf die Behandlung der Mischehen unser Augenmerk richten.

1. *Der Eheschluß*

Die Geschichte des Eheschließungsrechts im 19. Jahrhundert ist gekennzeichnet durch die allmähliche Verbreitung der Zivilehe. Dieser Übergang zur Zivilehe ist verbunden mit der Auflösung der konfessionellen Einheit der einzelnen Territorien. Sobald nämlich ein Staat verschiedene Konfessionen auf seinem Gebiet duldete, so entstanden Zweifel darüber, «in welcher Form für die nicht der Landeskirche angehörigen Nupturienten die Ehe geschlossen werden sollte»³. Die Entwicklung lief

¹ Dies besagt allerdings nicht, daß damit die Probleme der Heimatlosigkeit bereits gelöst gewesen wären. Mit ihnen hatte sich der junge Bundesstaat noch lange zu beschäftigen. Vgl. zur Genese des Heimatlosenartikels: RAPPARD, Die Bundesverfassung, S. 292 ff.

² Es sei als Beispiel erinnert an die bis zum Inkrafttreten des ZGB fortdauernde Eigenständigkeit und Vielfalt der verschiedenen kantonalen Ehegüterrechte, die Eugen Huber, den Schöpfer des ZGB, vor nicht geringe Probleme stellten. Vgl. HUBER, System und Geschichte, I, S. 237 ff.

³ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 331. Zur Geschichte der Eheschließung in der Schweiz bietet einen Überblick: F. v. WYSS, Die Eheschließung in ihrer geschichtlichen Entwicklung nach den Rechten der Schweiz, in: ZSR AF 20 (1877), 85–168 – Zur Geschichte des Eheschließungsrechts allgemein und insbesondere in Deutschland: E. FRIEDBERG, Das Recht der Eheschließung in seiner historischen

dann weiter zur Gleichberechtigung der Konfessionen auf staatlicher Ebene und zur Konfessionslosigkeit des bürgerlichen Rechts. Sie wurde begleitet von Ehrechtsrevisionen, die auf Eindämmung, ja Beseitigung des kirchlichen Einflusses in Ehesachen abzielten ¹.

A. Obligatorische Zivilehe

Als erster Kanton ging Genf zum System der obligatorischen Zivilehe über. Da Genf in der Zeit der Helvetik und Mediation Frankreich angegliedert war, galt hier die obligatorische Zivilehe schon in dieser Zeit kraft französischen Rechts. Durch ein Gesetz vom 16. März 1816 wurde sie vorübergehend durch die kirchliche Trauung mit fakultativer Zivilehe ersetzt, bevor sie durch das Gesetz über die Ehe vom 26. Dezember 1821 dann definitiv eingeführt wurde ². In den durch den Turiner Vertrag vom 16. Mai 1816 angegliederten katholischen Landgemeinden allerdings blieb das kanonische Recht weiterhin in Geltung ³. Erst das Gesetz über die Zivilehe vom 12. Oktober 1861, dem eine eingehende und erbitterte Diskussion voranging, brachte die obligatorische Zivilehe auf dem ganzen Kantonsgebiet ⁴.

Genf blieb mit dem System der obligatorischen Zivilehe jahrzehntelang in der ganzen Schweiz allein. Einzig im reformierten Teil des Berner

Entwicklung, Leipzig 1865; DERS., Verlobung und Trauung, Leipzig 1876; R. SOHM Das Recht der Eheschließung aus dem deutschen und canonischen Recht geschichtlich entwickelt, Weimar 1875; Weltliche und kirchliche Eheschließung, Beiträge zur Frage des Eheschließungsrechtes, hrsg. von H. A. DOMBOIS und F. K. SCHUMANN, Gladbeck 1953; R. LETTMANN, Die Diskussion über die klandestinen Ehen und die Einführung einer zur Gültigkeit verpflichtenden Eheschließungsform auf dem Konzil von Trient, Münster 1967 (Münsterische Beiträge zur Theologie, H. 31).

¹ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 331.

² Vor der Helvetik war die Konfessionsverschiedenheit in Genf nicht nur ein *Impedimentum impediens*, nein sogar ein Eehindernis, welches die Ehe nichtig machte (*Ordonnances ecclésiastiques* von 1576, Art. 112; STAEHELIN, Civilgesetzgebung, S. 262). – Zur Geltung des Code civil in Genf: A. MARTIN, Le code civil dans le canton de Genève, son influence dans le reste de la Suisse Romande, in: Le Code civil 1804–1904, Livre du centenaire, publié par la Société d'études législatives, II, Paris 1904, S. 875 bis 896. Zum alten Genfer Recht: DERS., Exposé de l'ancienne législation genevoise sur la mariage, Genf 1891; E.-L. BURNET, Contribution à l'étude de l'ancien droit matrimonial genevois, in: ZSR NF 43 (1924), 471–486.

³ Loi sur quelques modifications à la législation du mariage du 24 janvier 1824, Art. 2 (Recueil authentique des Lois et Actes du Gouvernement de la République et Canton de Genève, X, S. 10).

⁴ Loi sur le mariage civil, du 12 octobre 1861 (Recueil authentique, XLVII, S. 434).

Jura galt ebenfalls die gleiche Regelung gemäß dem französischen Code civil von 1804, auch nach der Einverleibung in den Kanton Bern 1816¹. Weitere Kantone adaptierten die obligatorische Zivilehe erst nach 1848, und zwar Neuenburg 1851², Tessin 1855³ und Basel-Stadt 1871⁴.

B. Fakultative Zivilehe

In allen anderen Kantonen blieb das Eheschließungsrecht bis 1874 stärker konfessionell geprägt. Hier war der Eheschluß grundsätzlich ein kirchlicher Akt; in einigen Kantonen trat wahlweise die zivile Trauung an seine Stelle, in anderen blieb die kirchliche Form die einzig mögliche.

Diese fakultative Zivilehe führte zuerst 1835 der Kanton Waadt ein, und zwar gestattete er die freie Wahl zwischen kirchlicher und ziviler Form der Trauung⁵. Eingeschränkt war die Wahl hingegen im Kanton Zürich, der sich als nächster Stand für die fakultative Zivilehe entschloß. Das Privatrechtliche Gesetzbuch von 1853 erklärte die Ziviltrauung eindeutig zur Ausnahmeform⁶. Danach mußten «die beiden Verlobten

¹ Im katholischen Berner Jura hingegen lebte die Geltung des kanonischen Eherechts 1816 wieder auf. Siehe dazu ELSENER, Die Schweizer Rechtsschulen, S. 284 ff. und dort S. 285 Anm. 24 angeführte Literatur. Vgl. auch unten S. 23 Anm. 4.

² Loi concernant le mariage, du 30 décembre 1851 (Recueil des Lois, Décrets et autres actes du Gouvernement de la République et Canton de Neuchâtel, IV, S. 246). Diese Regelung wurde wiederholt im Neuenburger Code civil (Livre premier), vom 3. Dezember 1853, Art. 112 (Recueil, VI, S. 27). Vgl. zur Einführung der Zivilehe in Neuenburg auch die Adolphe de Pontalès zugeschriebene Schrift «Le mariage civil complément de la liberté religieuse dans le canton de Neuchâtel», Neuchâtel 1852.

³ Legge sul matrimonio civile, vom 17. Juni 1855 (Raccolta generale delle leggi e dei decreti del Cantone Ticino 1865, S. 293).

⁴ Gesetz betreffend Verkündigung und Trauung, vom 6. November 1871 (Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizeiverordnungen für den Kanton Basel-Stadt, VII, S. 453). Zur Basler Entwicklung siehe J. MARKEES, Das Recht der Eheschließung nach den Rechtsquellen der Stadt Basel, Diss. iur. Basel 1933 (Masch. Schr.) und W. MÜNCH, Ehehindernisse und Ehenichtigkeitsgründe im Basler Stadtrecht, Diss. iur. Basel 1974 (Masch. Schr.).

⁵ Loi sur le mariage civil, du 12 décembre 1835 (Recueil des Lois, Décrets, Arrêtés et autres actes du Gouvernement du Canton de Vaud, XXXII, S. 295). Den Grund für die Einführung bildete vor allem der Konflikt mit den religiösen Sekten (HUBER, System und Geschichte, IV, S. 331).

⁶ Privatrechtliches Gesetzbuch (Personen- und Familienrecht), vom 28. Dezember 1853, §§ 99, 110 (Offizielle Sammlung der seit Annahme der Verfassung vom Jahre 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich, XI, S. 18 ff. (Eherecht). Zum Eheschließungsrecht im Zürcher PGB: GUGGENBÜHL, Die Entstehung, S. 49 f., 101 f.; BAUHOFFER, Entstehung und Bedeutung, S. 33. – Zum Einfluß des Kellerschen Eherechtsentwurfs: DERS., Friedrich Ludwig Kellers Entwurf zum zürcherischen Eherecht, in: Festgabe August Egger,

dem Bezirksgerichtspräsidenten zu Protokoll eröffnen, daß sie zwar eine ächte Ehe einzugehen wünschen, aber aus ernstesten religiösen Gründen sich der kirchlichen Form der Trauung nicht unterziehen können»¹. Darauf wurde die Ehe «gegen eine feierliche Erklärung der ehelichen Gesinnung vom Bezirksgericht vollzogen»². Ähnliche Bestimmungen betreffend den zivilen Eheschluß übernahm Schaffhausen ins Privatrechtliche Gesetzbuch vom 20. Dezember 1863³. Für die kirchliche Trauung gemischter Ehen sahen die Privatrechtlichen Gesetzbücher von Zürich und Schaffhausen die freie Wahl zwischen den beiden Konfessionen vor⁴.

Auch im Kanton Thurgau galt gemäß dem Privatrechtlichen Gesetzbuch vom 9. Dezember 1859 noch die kirchliche Trauung als ordentliche Eheschließungsform⁵. Für das Abweichen von dieser ordentlichen Form, die zivile Trauung also, wurden laut Gesetz «besondere Gründe» verlangt⁶. Die Trauung wurde normalerweise durch den Geistlichen des Heimatortes des Bräutigams vollzogen. «Bei gemischten Ehen kann der Regierungsrath nöthigenfalls einen reformirten Geistlichen mit der Vollziehung der Trauung beauftragen»⁷.

In Appenzell A. Rh. sahen noch die Ehesatzungen von 1860 nur die kirchliche Trauung vor⁸. Die fakultative Zivilehe sah hier erst ein Gesetz

Zürich 1945, S. 123 ff. – Zum Eheschließungsrecht vor der Helvetik: P. WEHRLI, Verlobung und Trauung in ihrer geschichtlichen Entwicklung von der Reformation bis zum Untergang der alten Eidgenossenschaft, Ein Beitrag zur zürcherischen Rechtsgeschichte, Diss. iur. Zürich, Turbenthal 1933; H. BÄNNINGER, Untersuchungen über den Einfluß des Polizeistaates im 17. und 18. Jahrhundert auf das Recht der Eheschließung in Stadt und Landschaft Zürich, Diss. iur. Zürich, Zürich 1948.

¹ § 110.

² Ebd.

³ PGB Schaffhausen, §§ 85, 109 (Sonderbd., Schaffhausen 1865, S. 17 ff.).

⁴ Zürich, PGB § 106; Schaffhausen, PGB § 105.

⁵ PGB Thurgau, § 50 (Kantonsblatt, enthaltend die seit Annahme der Verfassung vom Jahre 1849 erlassenen Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Beschlüsse des Großen Rathes und des Regierungsrathes des eidgenössischen Standes Thurgau, VIII, S. 115 ff.). Zur Thurgauer Eherechtsgeschichte: KUNDERT, Zivilgesetzgebung, S. 44–87, zur Zivilehe S. 184 f.

⁶ PGB Thurgau, § 61. Mit der Kantonsverfassung von 1869 wird dann die freie Wahl zwischen bürgerlicher und kirchlicher Form erlaubt (KUNDERT, Zivilgesetzgebung, S. 184 f.).

⁷ PGB Thurgau, § 53.

⁸ Ehesatzungen für den Kanton Appenzell-Außerrhoden, den 28. Oktober 1860 von der in Hundwil abgehaltenen außerordentlichen Landsgemeinde angenommen (Gesetzbuch für den Kanton Appenzell A. Rh., I, Herisau 1864, S. 210 ff.). Art. 13

von 1866 vor¹. Die Ehesatzung von 1860 galt nur für die Reformierten und erwähnt die gemischten Ehen nicht. Nach Art. 7 der Verordnung über das Kirchenwesen vom 24. April 1865 hatten die Katholiken die Wahl, die Trauungen nach reformiertem Ritus zu vollziehen oder außerhalb des Kantons in der Kirchgemeinde, der sie zugeteilt, nach katholischem Ritus².

Bevor das persönliche Eherecht 1874 endgültig zur Bundesangelegenheit wurde, führte als letzter Kanton 1870 Glarus die fakultative Zivilehe ein³. Wenn auch die kirchliche und zivile Form zur freien Auswahl standen, ergibt sich doch aus Art. 166 des Glarner BGB, daß die kirchliche Trauung als der Regelfall betrachtet wurde. Gemischte Ehen konnten nach dem Glarner BGB «von dem Geistlichen der einen oder andern Kirche vollzogen werden»⁴.

C. Keine Zivilehe

Alle übrigen Kantone, also die Mehrzahl, kannten bis 1874 nur die kirchliche Eheschließung.

Die Innerschweizer Stände Uri, Schwyz, Obwalden sowie Appenzell I. Rh. verzichteten in ihrer Ehegesetzgebung auf die Normierung des persönlichen Eherechts, sie setzten in diesem Bereich die Geltung des kanonischen Rechts voraus. Uris Ehegesetz vom 29. Oktober 1856 bezweckte lediglich die Verhütung leichtsinniger Ehen⁵. Seine Verord-

dieser Satzungen bestimmte kurz: «Die Ehe wird in der Regel durch die öffentliche Trauung vollzogen». Wie Burger, Verehelichungen, S. 52 erklärt, war schon damals eine Kommission eingesetzt, die sich mit den Modalitäten der Trauung befassen sollte.

¹ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 331. Dieses Gesetz ist nicht ins Gesetzbuch für den Kanton Appenzell A. Rh. aufgenommen worden, da es bei dessen Drucklegung bereits durch das Bundesgesetz betreffend Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und die Ehe vom 24. Dezember 1874 außer Kraft gesetzt war.

² Gesetzbuch für den Kanton Appenzell A. Rh., II, Trogen 1867, S. 146. Diese Regelung trifft schon die Verordnung betreffend die Regulierung der kirchlichen und Schulverhältnisse der Katholiken, vom 12. Januar 1852 (Verfassung, Gesetze und Verordnungen des Kantons Appenzell-Außerrhoden, Herisau 1854, S. 260 ff.).

³ Zweite Abteilung des Bürgerlichen Gesetzbuches (Personen- und Familienrecht), erlassen von der Landsgemeinde 1870, §§ 160, 166 (Amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Glarus als Fortsetzung der revidierten Ausgabe des Landbuches, H. 3, Glarus 1873, S. 37 ff. (Eherecht). Vgl. zum Glarner BGB: E. ZWEIFEL, Johann Jakob Blumer und das bürgerliche glarnerische Gesetzbuch, Zürich 1966.

⁴ BGB Glarus, § 164.

⁵ Amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Landes Uri, VI

nungen über die gemischten Ehen, vom 29. Dezember 1856 und 28. Dezember 1857, sind als Ausführungserlasse zum Bundesgesetz betreffend die gemischten Ehen von 1850 zu betrachten und regeln deren Verkündung und Registrierung¹. Wie Uri kannte auch Obwalden eine Verordnung gegen leichtsinnige Verehelichungen, datiert vom 20. Oktober 1849². Von besonderem Interesse ist § 4 derselben, wonach der Ortspfarrer einer Person, die «in den Religionswahrheiten nicht gehörig unterrichtet ist», solange die Einsegnung der Ehe verweigern konnte, bis diese «eine Prüfung der Kenntnis der Lehren und Vorschriften der hl. Religion zur Zufriedenheit bestanden hat». Das Gesetz über die Verehelichungen im Kanton Schwyz, vom 14. Wintermonat 1818, erneuert am 22. Christmonat 1846, wandte sich ebenfalls nur gegen «leichtsinnige und unüberlegte Heirathen», gegen die Verehelichung der «Spieler, Säufer, Nachtschwärmer und Wollüstlinge» wie auch der Bettler oder deren Kinder, ohne die anderen Voraussetzungen des Eheschlusses, dessen Form und Wirkungen, auch nur zu erwähnen³. Appenzell I. Rh. endlich verzichtete überhaupt auf eine gesetzliche Normierung der Eheschließung⁴.

Die Kantone Luzern⁵, Nidwalden⁶, Zug⁷, Freiburg⁸, St. Gallen⁹ und Wallis¹⁰ anerkannten die Geltung des kirchlichen Rechts ausdrücklich in ihrer Gesetzgebung.

(1853–1864), S. 184 ff. Zu wirtschaftlich begründeten Eheverboten in Uri und anderen Kantonen: Hrs, Geschichte, III, S. 630 ff.

¹ Verordnung über die Verkündung der gemischten Ehen, vom 29. Dezember 1856 (Amtliche Sammlung, VI, S. 189–190) und Verordnung über das Verfahren bei Heirathsgesuchen von Personen verschiedener Confessionen, vom 28. Dezember 1857 (Amtliche Sammlung, VI, S. 235).

² Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Unterwalden ob dem Wald, mit Bewilligung der hohen Regierung hrsg. von Nikolaus von Moos, I, Luzern 1853, S. 141 ff. In diesem Band (S. 153 ff.) findet sich bezeichnenderweise auch die «Bischöfliche Verordnung in Betreff der Eheversprechen», vom 25. April 1811; dies verdeutlicht die staatliche Geltung kirchlicher Ehegesetze.

³ Das Brautexamen kannten auch evangelische Stände; vgl. für Zürich: BÄNNINGER, Untersuchungen, S. 67 ff.

⁴ BURGER, Verehelichungen, S. 58 f. Dort findet sich die in diesem Kanton geltende Praxis um 1860 gemäß Mitteilungen des Pfarramtes und der Staatskanzlei Appenzell.

⁵ Bürgerliches Gesetzbuch (1. Teil) vom 22. Oktober 1831, § 40 f. (Sonderbd., Luzern 1840, S. 28 ff.: Eherecht). Zur Trennung der Ehe nach dem luzernischen BGB: SCHMID, Kasimir Pfyffer, S. 72 f.

⁶ Bürgerliches Gesetzbuch (1. Teil) vom 23. Oktober 1852, §§ 44, 48 (Sonderbd., Luzern 1852, S. 22 ff.: Eherecht). Zur Nidwaldner Eherechtskodifikation: ZELGER, Karl von Deschwanden, S. 64 ff.

Die Kantone Luzern, Nidwalden, Zug und Wallis hatten dabei nur das kanonische Recht der katholischen Kirche im Auge. Über gemischte Ehen oder gar den Eheschluß nach reformiertem Ritus finden sich in ihren privatrechtlichen Gesetzbüchern keine Bestimmungen. Auch im Luzerner «Gesetz über die Ehebewilligungen und Eheeinsegnungen», vom 11. März 1835¹, welches ergänzend zu den Vorschriften des Luzerner BGB über die Ehe hinzutrat, wurden die Mischehen nicht erwähnt; dieses Gesetz diente vorwiegend der Verhinderung des Eheschlusses bei ungenügender finanzieller Sicherheit für die künftige Familie.

Freiburg und St. Gallen hingegen verwiesen auf das kichliche Eheschließungsrecht beider Konfessionen. So verfügte § 53 des Freiburger Code Civil: «Les qualités et les formalités nécessaires pour pouvoir se marier, les oppositions qui peuvent être faites au mariage (...) sont réglées par les lois spéciales particulières à chacune des deux communions chrétiennes reconnues dans le Canton». Im katholischen Teil des Kantons galt demgemäß das kanonische Recht, im Murtenbiet aber das «Ehegesetz bezüglich auf die Abschließung der Ehen, für den reformirten Theil des Kantons Freiburg, vom 17. Mai 1839»². Ebenso war in St. Gallen seit alters für den katholischen Bevölkerungsteil das kanonische Recht, für den reformierten dessen eigene Ehesatzung maßgebend. Die Eingehung gemischter Ehen aber richtete sich nach der «Weisung der

⁷ Privatrechtliches Gesetzbuch vom 23. September 1861, § 18 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Zug, III (1855–1861), S. 311 ff.: Eherecht).

⁸ Code civil (première partie), vom 22. Mai 1834, Art. 53 (Sonderbd., Freiburg 1856, S. 17 ff.: Eherecht).

⁹ Verordnung über Eheeinsegnungen, vom 18. Februar 1853, Art. 2 (Sammlung der Gesetze und Beschlüsse des Großen und Kleinen Rathes des Kantons St. Gallen sowie der schweizerischen Bundesbehörden, XII (1853 und 1854), S. 45); Kantonsverfassung von 17. Wintermonat 1861, Art. 6 Ziff. 6 (Sammlung, XV (1861–1863), S. 126). Zum Versuch der Eherechtskodifikation in St. Gallen: F. N. SCHLAURI, Karl Beda Müller-Friedberg (Sohn) und die st. gallischen Bestrebungen zur Kodifikation des Privatrechts 1806–1811, St. Gallen 1975, S. 119 ff. (St. Galler Kultur und Geschichte, V).

¹⁰ Civilgesetzbuch vom 1. Dezember 1853, Art. 79 (Sonderbd., Sitten 1854, S. 24 ff.: Eherecht). Zur Walliser Privatrechtskodifikation: M. SULSER, Die Zivilgesetzgebung des Kantons Wallis im 19. Jahrhundert, Diss. iur. Freiburg, Liestal 1976. – Zur Interpretation von Art. 79 dieses Gesetzbuches: C. E. J. CROPT, Théorie du Code Civil du Valais, I, Sion 1858, S. 144.

¹ Sammlung der Gesetze und Regierungs-Verordnungen für den Kanton Luzern, 3. Folge, III (1833–1835), S. 261 ff.

² Dieses Gesetz wurde nicht in die Freiburger Gesetzessammlung aufgenommen; es findet sich in deutscher Übersetzung bei BURGER, Verhelichungen, S. 108.

bischöflich-konstanziischen Kuria an die Dekanate St. Gallen, Wyl und Rapperschwyl, betreffend die Ehekopulationen der Brautleute von verschiedenen Glaubensbekenntnissen vom 23. Jänner 1806, sanktioniert vom Kleinen Rathe den 5. Februar 1806» und der «Weisung des evangelischen Kirchenrathes an die evangelische Geistlichkeit, betreffend die Ehekopulationen der Brautleute von verschiedenen Glaubensbekenntnissen vom 20. Jänner 1806, vom Kleinen Rathe sanktioniert den 25. Jänner 1805»¹. Die Verordnung über Eheeinsegnungen, vom 18. Hornung 1853, entschied in Art. 24 die Frage der Trauung gemischter Ehen in allgemeinerer Weise: «Bei gemischten Ehen entscheidet rücksichtlich der Frage: welches Pfarramt das zuständige sei, die Konfession des Bräutigams»². Weigerte sich das zuständige Pfarramt die Ehe zu trauen, konnte die Heirat mit Hilfe einer Heiratsbewilligung der Kantonskanzlei durch ein anderes katholisches oder evangelisches Pfarramt vorgenommen werden³. Damit paßte sich diese Verordnung dem bereits geltenden Bundesgesetz über die gemischten Ehen von 1850 an.

In den Kantonen Bern⁴, Solothurn⁵, Aargau⁶, Baselland⁷ und Grau-

¹ BURGER, Verehelichungen, S. 192. In der St. Galler Gesetzessammlung wurden die beiden Weisungen nicht berücksichtigt.

² Sammlung der Gesetze und Beschlüsse des Großen und Kleinen Rathes des Kantons St. Gallen sowie der schweizerischen Bundesbehörden, XII (1853 und 1854), S. 51.

³ Art. 27 der genannten Verordnung.

⁴ Civilgesetzbuch (erster Teil) vom 23. Dezember 1824, Satzung 29 ff.: Eherecht (Sonderbd., Bern 1825, S. 10 ff.). Siehe dazu U. Th. ROTH, Samuel Ludwig Schnell und das Civil-Gesetzbuch für den Canton Bern von 1824–1830, Ein Beitrag zur Kodifikationsgeschichte des schweizerischen Privatrechts, Diss. iur. Bern 1948, S. 118 f., 143 ff. – Für den katholischen Teil der jurassischen Amtsbezirke galten gemäß Dekret über die Aufhebung der französischen Gesetzgebung, betreffend die Ehe und die Ehescheidung, vom 15. Mai 1816, die kanonischen Vorschriften. Für die reformierten Jurassier blieb weiterhin die Zivilehe gemäß dem Code civil français in Geltung (Neue Sammlung der Gesetze und Dekrete des Großen und Kleinen Rathes der Stadt und Republik Bern, I, Bern 1818, S. 122–124). Siehe dazu die oben S. 18 Anm. 1. angeführte Literatur und zusätzlich: C. NUSSBAUMER, Die Rechtslage der Katholiken im Berner Jura, Nach bernischem Staatsrecht und katholischem Kirchenrecht dargestellt, Diss. iur. Freiburg, Olten 1934, S. 12 f., 42; A. NUSSBAUMER, Das Schicksal der tridentinischen Disziplinalgesetzgebung im ehemaligen Fürstbistum Basel seit dem Untergang seiner staatlichen Selbständigkeit, in: ZSKG 25 (1931) 185–208.

⁵ Civilgesetzbuch (erster Teil) vom 23. Wintermonat 1841, § 79 ff.: Eherecht (Sonderbd., Solothurn 1841, S. 24 ff.). Siehe dazu: WALLISER, Der Gesetzgeber Joh. Baptist Reinert, insbes. S. 264 ff.

⁶ Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (Einleitung und Personenrecht) vom 31. August 1847, § 45 ff.: Eherecht (Sonderbd., Aarau o. J., S. 14 ff.). Schon das Aargauer BGB vom 8. Juni 1826 (§ 56 ff.) stand auf dem gleichen Standpunkt (Son-

bünden¹, welche vom österreichischen Recht beeinflußt wurden, gab es eine umfassende, für Reformierte und Katholiken geltende Ehegesetzgebung. Alle diese Kantone kannten aber nur die kirchliche Trauung für die Angehörigen beider Konfessionen². Aber nicht nur die Trauung selbst, sondern auch das Verlöbniß, die Verkündung und das Einspracheverfahren wurden vom kantonalen Recht eingehend geregelt, wobei aber die kirchlichen Vorstellungen zugrunde gelegt, die kirchlichen Institutionen dienstbar gemacht wurden.

Während das Recht des Kantons Baselland keine speziellen Bestimmungen betreffend Mischehen enthielt, erklärte das Bündner Civilgesetzbuch ausdrücklich, daß diese von einem Geistlichen der einen oder andern Konfession gültig abgeschlossen werden könnten³. Nach früherem Bündner Recht durfte der Geistliche die Trauung der gemischten Ehe erst nach Vorweisung einer schriftlichen Erlaubnis des Kleinen Rates vollziehen⁴. In den Kantonen Bern und Aargau sollte die gemischte Ehe in der Regel vom Geistlichen der Konfession des Bräutigams eingesegnet werden⁵. Weigerte sich dieser jedoch, so konnte auch ein Geistlicher der andern Konfession – in Bern nach gerichtlicher Anweisung – die Trauung vornehmen⁶. In Solothurn galt dieses Verfahren allgemein, nicht nur

derbd., Aarau 1826, S. 19 ff.). – Zum Verfahren: Verordnung über Verkündung und Trauung der Ehen, so wie über Führung der Ehebücher, vom 30. Brachmonat 1852 (Gesetzessammlung für den eidgenössischen Kanton Aargau, Revidierte Ausgabe, IV, Aarau 1857, S. 125–134). – Zur Geschichte des Aargauer Eherechts im 19. Jahrhundert: W. GAUTSCHI, Eheschließung und Ehescheidung im Kanton Aargau von 1803 bis 1874, Diss. iur. Bern, Reinach 1898.

⁷ Verordnung über Verkündung und Trauung der Ehe, sowie über das Verfahren bei Eheerbsprachfällen, vom 12. April 1860 (Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse des Kantons Basel-Landschaft, VIII, S. 112–123).

¹ Civilgesetzbuch vom 1. Februar 1862, § 20 ff.: Eherecht (Sonderbd., Chur 1862, S. 8 ff.). Zur Entstehung des Bündner Zivilgesetzbuches siehe P. LIVER, Peter Conradin von Planta, in: Schweizer Juristen der letzten hundert Jahre, Zürich 1945, S. 197–224; ELSENER, Die Schweizer Rechtsschulen, S. 423–433. – Zur Geschichte des bündnerischen Eherechts: H. de GIACOMI, Das Eheschließungsrecht nach den bündnerischen Statuten, Diss. iur. Zürich, Chur 1927; L. R. von SALIS, Beiträge zur Geschichte des persönlichen Eherechtes in Graubünden, Basel 1886.

² Bern: CGB, Satzung 58; Solothurn: CGB, § 114; Aargau: BGB, § 96; Baselland: Verordnung über Verkündung und Trauung, §§ 17, 19; Graubünden: CGB, § 30. Bis zur Einführung der fakultativen Zivilehe gehörte auch der Kanton Thurgau zu dieser Gruppe.

³ Graubünden: CGB, § 32.

⁴ Ehegesetz für den evangelischen Theil des Kantons Graubünden, vom 29. November 1849, § 32 (BURGER, Verehelichungen, S. 193).

⁵ Bern: CGB, Satzung 62; Aargau: BGB, § 98.

⁶ Bern: CGB, Satzung 62.

bei gemischten Ehen, sondern bei Vorliegen rein kirchlicher Ehehindernisse überhaupt ¹.

D. Kantonale Mischehenverbote

Noch bis zum Bundesgesetz über die gemischten Ehen von 1850 waren in einigen Kantonen die Mischehen geradezu verboten, nämlich in Uri, Schwyz, Unterwalden, Appenzell I. Rh. und Wallis ². Der Kanton Appenzell A. Rh., der dem Mischehenkonkordat vom 7. Juli 1819 ebenfalls nicht beigetreten war, erlaubte später in seinen Ehesatzungen vom 25. September 1836 die Mischehe unter gewissen Bedingungen: « Ein Landmann, der sich mit einer katholischen Weibsperson verheiraten will, hat nicht nur die Einzugsgebühr für dieselbe nach Art. 7 zu erlegen, sondern sich überdies durch eine förmliche Erklärung zu verpflichten, alle seine Kinder in der evangelisch reformierten Religion, als der Religion des Landes, nach den bestehenden Verordnungen unterrichten zu lassen ³».

Der Kanton Wallis hingegen hatte sein Verbot am 23. Dezember 1837 im «Gesetz über die von Wallisern im Auslande oder von Fremden im Kanton eingegangenen Heirathen und über die paritätischen Ehen» bestätigt ⁴ und der Kanton Schwyz hatte das Mischehenverbot 1840 gar durch einen Landsgemeindebeschluß bekräftigt ⁵. Die Mischehenverbote Uris, Unterwaldens und Appenzell I. Rh. stammten aus der Zeit vor der Helvetik, lebten aber nachher wieder auf. So führte beispielsweise das Obwaldner Landbuch ein Mischehenverbot aus dem Jahre 1766 an ⁶. In der Zeit vor 1798 waren allerdings auch noch viele reformierte Kantone streng gegen Mischehen vorgegangen und hatten diese mit Bürgerrechtsentzug oder gar Konfiskation der Güter bestraft ⁷. Von der Strafe des Entzugs des Heimatrechts nahmen anlässlich der Konkordatsver-

¹ Solothurn: CGB, § 117.

² Die Existenz dieser Verbote bestätigte der Bundesrat in seinem Bericht zur Rekursangelegenheit Benz (BB1 1850, I, S. 265 f.). Zur Bittschrift Benz siehe das nächste Kapitel.

³ Art. 8 (Verfassungen, Gesetze und Verordnungen des Kantons Appenzell Außerrhoden, Herisau 1854, S. 120).

⁴ Art. 4 (Sammlung der Gesetze, Dekrete und Abschlüsse der Republik und Kantons Wallis, V, S. 543).

⁵ Sammlung der Verfassungen und Gesetze des Kantons Schwyz von 1833 bis 1848, Schwyz 1864, S. 154.

⁶ Petition Benz, S. 19.

⁷ Siehe dazu STAEBELIN, Civilgesetzgebung, S. 262.

handlungen von jenen Kantonen, die das Mischehenverbot aufrecht erhielten, Uri, Unterwalden und Wallis ausdrücklich Abstand, von Schwyz und Appenzell I. Rh. fehlt eine solche Erklärung¹.

2. Die Ehescheidung

Von gleicher Vielgestalt wie das Eheschließungs- ist das kantonale Ehescheidungsrecht. Auch hier sind die Unterschiede zumeist das Resultat einer verschiedenen historischen Entwicklung, die vor allem geprägt ist durch das Eheverständnis der jeweiligen Hauptkonfession des Kantons. Treffend bemerkte Eugen Huber zu diesem Thema, «daß das reformierte Ehescheidungsrecht sich von dem katholischen je länger je mehr entfernt hat, so daß zu Anfang des Jahrhunderts (des neunzehnten) zwei sehr divergente Anschauungen über Ehescheidung die eidgenössischen Rechtsgebiete beherrschten»².

A. Das «Ehescheidungsrecht» der katholischen Kantone

Am 11. November 1563 wurde auf dem Konzil von Trient der Grundsatz der Unauflöslichkeit der Ehe, der schon seit dem 11. Jahrhundert faktische Bedeutung besaß, von der katholischen Kirche verkündigt³. Der betreffende Kanon sieben der 24. Sitzung lautet: «Sagt jemand, die Kirche irre, wenn sie gemäß der Lehre des Evangeliums und der Apostel gelehrt hat und lehrt, daß wegen Ehebruchs des andern Ehepartners das Eheband nicht gelöst werden kann; und daß keiner von beiden, auch der Unschuldige, der keinen Anlaß zum Ehebruch gegeben hat, bei Lebzeiten

¹ Vgl. dazu oben S. 13.

² HUBER, System und Geschichte, IV, S. 348. – Zum Vergleich zwischen dem Ehescheidungsrecht der französisch- und deutschsprachigen Kantone: C. HILTY, Die Hauptdifferenzen der französisch- und deutsch-schweizerischen Civilgesetzgebung, in: ZbJV 9 (1873), S. 90 f.; H. CARRARD, Etude comparative des législations civiles de la Suisse romande et celles de la Suisse allemande, ebd., S. 149.

³ Siehe zur Geschichte des katholischen Eherechts, speziell der Unauflöslichkeitsfrage aus der umfangreichen Literatur einige neuere Beiträge: B. Russo, Die Ehescheidung im zweiten Vatikanum und in der Rechtstradition der Kirche, in: Wie unauflöslich ist die Ehe, Eine Dokumentation, hrsg. von J. DAVID und F. SCHMALZ, Aschaffenburg 1969, S. 99–159; J. GRÜNDEL, Ehescheidung im Verlauf der Jahrhunderte, in: Zum Thema Ehescheidung, hrsg. von N. WEIL, R. PESCH, J. GRÜNDEL, J. G. GERHARTZ und O. HÄBERLE, Stuttgart 1970, S. 41–60; H. HERRMANN, Ehe und Recht, Freiburg-Basel-Wien 1972, S. 78–87 und die dort S. 87 angeführte Literatur.

des andern Ehepartners eine andere Ehe eingehen kann; und daß ein Mann Ehebruch begeht, der die ehebrüchige Frau entläßt und eine andere heiratet, und eine Frau, die den ehebrüchigen Mann fortschickt und einen andern heiratet – der sei im Banne»¹.

War dieser Grundsatz der Unauflöslichkeit der Ehe – wie die Diskussion um den Kanon sieben auf dem Trienter Konzil zeigt – für den Fall des Ehebruchs in der früheren Lehre nicht unbestritten², galt er nun als fester Bestandteil des katholischen Eherechts bis ins 20. Jahrhundert und fand auch Aufnahme in das kirchliche Rechtsbuch (Codex Juris Canonici), das im Jahre 1918 in Kraft trat³. Erst in den letzten Jahren geriet die Unauflöslichkeitsfrage wieder vermehrt in Diskussion⁴.

War und ist die Auflösung einer christlichen Ehe⁵ nach katholischem Kirchenrecht auch nicht möglich, eine eigentliche Ehescheidung also unzulässig, so entwickelte die mittelalterliche Kanonistik doch schon früh eine Möglichkeit der Trennung der Ehegatten: die Trennung von Tisch und Bett (*separatio quoad mensam et thoram*)⁶. Ausgehend vom

¹ Zitiert nach P. HUIZING, Das kanonische Ehescheidungsrecht seit dem Konzil von Trient, in: Die öffentlichen Sünder oder Soll die Kirche Ehen scheiden, hrsg. von N. WETZEL, Mainz 1970, S. 76; dort in Anm. 1 ausführliche Literaturhinweise zur Entstehungsgeschichte und zur Auslegung dieses Kanons. Siehe zudem: H. JEDIN, Die Unauflöslichkeit der Ehe nach dem Konzil von Trient, in: K. REINHARDT, H. JEDIN, Ehe – Sakrament in der Kirche des Herrn, Berlin 1971, S. 61–109; L. BRESSAN, Il canone tridentino sul divorzio per adultero e l'interpretazione degli autori, Roma 1973 (Analecta Gregoriana, Bd. 194). – Zur Behandlung der Ehe auf dem Konzil von Trient allgemein: H. JEDIN, Geschichte des Konzils von Trient, IV/2, Freiburg-Basel-Wien 1975, S. 96–121, 140–163.

² Wie unauflöslich ist die Ehe, S. 117 ff.; HUIZING, Das kanonische Ehescheidungsrecht, S. 77 f. und die dort S. 76 in Anm. 1 angeführte Literatur.

³ CIC, can. 1118.

⁴ Siehe die dogmatischen Teile der angegebenen Werke von N. WETZEL, J. DAVID/F. SCHMALZ, K. REINHARDT/H. JEDIN und zusätzlich: Ehe und Ehescheidung, Diskussion unter Christen, hrsg. von F. HEINRICH und V. EID, München 1972; R. GALL, Fragwürdige Unauflöslichkeit der Ehe, Zürich 1970; M. KAISER, Unauflöslichkeit und 'Auflösung' der Ehe, in: Diaconia et ius, Festgabe für Heinrich Flatten, hrsg. von H. HEINEMANN, H. HERRMANN, P. MIKAT, München-Paderborn-Wien 1973, S. 27–43; W. E. MAY, Marriage, divorce and remarriage, in: The Jurist, Studies in church law and Ministry XXXVII (1977), S. 266–286; Le divorce, L'Eglise catholique ne devrait-elle pas modifier son attitude séculaire à l'égard de l'indissolubilité du mariage? Travaux du congrès de la société canadienne de théologie tenu à Montréal du 21 au 24 août 1972, Montréal 1973. Weitere Hinweise auf die sehr umfangreiche Literatur zur Unauflöslichkeit bei MOSIĘK, Kirchliches Eherecht, S. 299–304.

⁵ Zur Präzisierung: Absolut unauflöslich ist nur die unter Christen geschlossene und vollzogene Ehe (CIC, can. 1118).

⁶ Diese «*separatio*» wird in der Literatur oft fälschlicherweise als «Scheidung»

schon früh anerkannten Trennungsgrund des Ehebruchs¹, stellte das Kirchenrecht nach dem Dekret Gratians (um 1150) weitere Trennungsgründe auf und unterschied zwischen lebenslänglicher Trennung (bei Ehebruch) und Trennung auf Zeit in leichteren Fällen (Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit des Partners, Gefahr für das Seelenheil etc.). Das Konzil von Trient nahm auch in dieser Frage die Tradition auf und bestimmte in Kanon acht der 24. Sitzung: «Wer sagt, die Kirche irre, wenn sie aus vielen Gründen eine Scheidung der Ehegatten von Bett und Tisch auf bestimmte oder unbestimmte Zeit für erlaubt erklärt, der sei ausgeschlossen»². Dieses Recht blieb bis zum Inkrafttreten des Codex Juris Canonici, ja über diesen hinaus bis auf unsere Tage gesamthaft gesehen erhalten, wenn sich auch die Zahl der Trennungsgründe noch vermehrte³.

Für die Rechtsgeschichte der schweizerischen Kantone ist diese Regelung der Ehe im kanonischen Recht insofern von Bedeutung, als sie die Gesetzgebung aller katholischen Kantone stark beeinflusste. Diese unterstellten nicht nur das materielle Eherecht den kanonischen Bestimmungen, sie beließen auch die Entscheidung der Eheangelegenheiten den kirchlichen Gerichten⁴.

bezeichnet. Sie unterscheidet sich von dieser aber wesentlich, auch wenn sie für dauernd ausgesprochen wird. Sie bewirkt nämlich keine Trennung dem Bande nach, den getrennten Partnern steht bei Lebzeiten des anderen Ehegatten das Recht der Wiederverheiratung nicht zu. – In den kantonalen Zivilgesetzbüchern des 19. Jahrhunderts, vor allem in den vom österreichischen ABGB beeinflussten, werden die beiden Begriffe oft konträr zum heutigen Sprachgebrauch verwendet: sie sprechen von der «gänzlichen Trennung» und der bloßen «Scheidung von Tisch und Bett».

¹ Dieser Trennungsgrund wurde, ausgehend von Matthäus 5, 32 und 19, 9, von einigen Kirchenvätern gar als eigentlicher Scheidungsgrund angesehen. Siehe dazu J. MOINGT, Ehescheidung «auf Grund von Unzucht», in: *Wie unauflöslich ist die Ehe*, S. 178–222.

² Zitiert nach: *Lehrsätze des Trienter Konzils über das Sakrament der Ehe*, in: *Wie unauflöslich ist die Ehe*, S. 162. Neu gegenüber der vortridentinischen Tradition war die Abstufung «auf bestimmte Zeit» und auf «unbestimmte Zeit» (F. SCHÖNHERR, *Grundriß des kirchlichen Eherechts*, Wien 1937, S. 845).

³ Von diesem Trennungsverfahren ist der Ehenichtigkeitsprozeß zu scheiden, welcher die mögliche Aufhebung einer von Anfang an ungültigen Ehe durch Nichtigkeitserklärung bezweckt.

⁴ Diese kirchliche Zuständigkeit in Eheangelegenheiten wird auch auf dem Konzil von Trient klar ausgesprochen: 24. Session, can. 12: «Wer sagt, Eheangelegenheiten gehörten nicht vor den kirchlichen Richter, der sei ausgeschlossen» (zitiert nach: *Lehrsätze des Trienter Konzils*, in: *Wie unauflöslich ist die Ehe*, S. 163). – Siehe zur Praxis der bischöflichen Ehegerichte schweizerischer Diözesen am Beispiel des Bistums Sitten: L. CARLEN, *Das kirchliche Eherecht in der Diözese Sitten*, in: *ZSKG* 49 (1955) 1–33.

An diesem Rechtszustand änderte sich in den meisten katholischen Kantonen bis ins 19. Jahrhundert hinein, ja bis zur eidgenössischen Ehegesetzgebung 1874, wenig. Die kleinen Kantone überließen die Streitigkeiten in Ehesachen teils stillschweigend den kirchlichen Ehegerichten, teils verwiesen sie diese ausdrücklich an den kirchlichen Richter¹. Freiburg² und Wallis³ regelten in ihren Zivilrechtskodifikationen im 19. Jahrhundert mindestens die äußeren Folgen der Trennung von Tisch und Bett. Gemäß dem Privatrechtlichen Gesetzbuch des Kantons Zug von 1861 hatten die geistlichen Gerichte lediglich noch zu entscheiden, ob eine Trennung der ehelichen Gemeinschaft zu erfolgen habe; die übrigen Belange (Vermögen, Unterstützung der Kinder etc.) wurden durch die weltlichen Gerichte beurteilt⁴.

Noch eingehender befaßte sich das schon 1832 entstandene Eherecht des Bürgerlichen Gesetzbuches für den Kanton Luzern mit der Trennung der Ehe⁵. Das Luzerner Gesetzbuch unterschied im Kapitel «Von der Trennung der Ehe» die «Ehescheidung vom Bande» von der «einfachen Absönderung oder Ehescheidung von Tisch und Bett», verstand aber unter der Ehescheidung vom Bande nichts anderes als die kirchliche Nichtigkeitserklärung einer ungültigen Ehe und die Auflösung einer gültigen Ehe durch päpstliche Dispens oder durch das Privilegium Paulinum⁶. Gleich wie im Kanton Zug – dem die Luzerner Regelung als Vorbild diente – entschied das geistliche Gericht in allen «Ehescheidungsfragen» über die Trennung und das Verschulden, die bürgerlichen Behörden über die anderen Belange⁷. Eine Ausnahme hievon und einen Eingriff in die kirchliche Kompetenz stellte allerdings § 51 des luzernischen Bürgerlichen Gesetzbuches dar: «Eine einfache Aussönderung der Ehegatten kann wegen Mißhandlung oder andern erheblichen Ursachen auch durch

¹ BGB für den Kanton Unterwalden nid dem Wald von 1852, § 44; ZELGER, Karl von Deschwanden, S. 67.

² Freiburg, Code civil von 1835, Art. 136–147.

³ Wallis, Civilgesetzbuch von 1853, Art. 106. Zur Entwicklung der «Ehescheidung» im Wallis: SULSER, Zivilgesetzgebung, S. 99–103.

⁴ Zug, Privatrechtliches Gesetzbuch von 1861, § 41.

⁵ Siehe dazu: SCHMID, Kasimir Pfyffer, S. 73, 87–91.

⁶ Luzern, Bürgerliches Gesetzbuch von 1831, §§ 50–53. Päpstliche Dispens war und ist nach katholischem Kirchenrecht möglich bei einem «matrimonium ratum et non consumatum.» Das Privilegium Paulinum bedeutet die Aufhebung einer ursprünglich zwischen Nichtchristen geschlossenen Ehe zu Gunsten des Glaubens, wenn ein Ehegatte zum Katholizismus übertritt. Siehe zu beidem: MOSIEX, Kirchliches Eherecht, S. 293–310 und dort angeführte Literatur.

⁷ Luzern, BGB, §§ 42, 52–56.

die bürgerlichen Gerichte, nachdem die Ehegatten vor dem Ortspfarrer erschienen sind, und keine gütliche Ausmittlung statt fand, erkannt werden; hingegen ist es den Ehegatten nicht erlaubt, sich eigenmächtig abzusondern». In diesem Artikel, der eine Konkurrenz der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit bei der «einfachen Absönderung», der Trennung von Tisch und Bett also, schaffte, zeigt sich der Einfluß des österreichischen Mutterrechts und des darin waltenden josephinischen Geistes ¹.

Einen Sonderfall stellte auch der Kanton Tessin dar. Er ordnete in seinem Codice civile von 1837 zwar das Eheauflösungsrecht umfassend und führte weltliche Scheidungsgründe und bürgerliche Scheidungsgerichte ein, materiell aber hielt er sich weiterhin an die Vorschriften des kanonischen Rechts, ließ insbesondere nur die Trennung von Tisch und Bett zu ².

Alle diese katholischen Kantone unterließen eine Regelung des Ehescheidungsrechts für Reformierte, auch die Mischehen erwähnten sie nicht in ihren Ehegesetzen und Zivilgesetzbüchern. Einzig Freiburg bildete in dieser Beziehung eine Ausnahme – es besitzt mit dem Murtenbiet ja auch eine starke reformierte Minderheit. § 53 des Freiburger Code civil verwies bezüglich Eheschluß und Ehescheidung nicht nur auf das kanonische Recht der katholischen Kirche, sondern auf die «lois spéciales, particulières à chacune des deux communions chrétiennes reconnues dans le Canton». Nebst dem eigenen Ehegesetz betreffend den Eheschluß kannte der reformierte Kantonsteil in der Ehegerichtsordnung vom 13. Christmonat 1839 auch ein besonderes Ehescheidungsrecht ³.

B. Die Ehescheidung in den reformierten Kantonen

Die erwähnte Lehre des Konzils von Trient ⁴ über die Unauflöslichkeit der Ehe war eine klare Entscheidung gegen die Ehelehre Luthers,

¹ Zum österreichischen Einfluß siehe: CARLEN, Österreichische Einflüsse, S. 18; BRINER, Die Ehescheidungsgründe, S. 26. – Zum josephinischen Eherecht: J. MÜHLSTEIGER, Der Geist des Josephinischen Eherechts, Wien-München 1967.

² Tessin, Codice civile von 1827, Art. 68 ff. Zur Diskussion der Artikel betreffend die Ehe im Großen Rat des Kantons Tessin: G. PATOCCHI, Gli influssi delle legislazioni straniere e degli statuti locali sul Codice civile ticinese del 1837, Diss. iur. Bern, Bellinzona 1961, S. 131 f.

³ Gesetz vom 13. Christmonat 1839, über die Ehe, die Ehegerichte, des Prozeßverfahren, die Polizei und die Strafen in Ehesachen, für den reformirten Theil des Kantons Freiburg (Amtliche Sammlung der Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und anderer öffentlicher Akten der Regierung des Kantons Freiburg, Bd. 29, S. 139 ff.).

⁴ Oben S. 26 f.

nach der die Ehe wegen Ehebruchs gelöst und auch bei Lebzeiten des Partners eine andere Ehe eingegangen werden konnte¹. Dieser Ehescheidungsgrund erscheint auch bei den übrigen Reformatoren, die zwar alle an der Idee der Unauflöslichkeit der Ehe festhielten, jedoch die Scheidung aus bestimmten Gründen zuließen. Die strengste Position nahm Calvin ein, der nur die Scheidungsgründe des (leiblichen) Ehebruchs und der böslichen Verlassung kannte². Bedeutend scheidungs-freundlicher hingegen zeigte sich der Zürcher Reformator Zwingli. Er legte die Schrift so aus, daß sie «jede Scheidung verbiete, die sich auf einen schwächeren Grund als den Ehebruch stütze»³. Scheidungs- und Nichtigkeitsgründe vermischend führt er als solche Impotenz, infidelitas, Sävitien, todeswürdige Verbrechen, bösliches Verlassen und sogar ansteckende Krankheiten und Wahnsinn an⁴.

Die unterschiedlichen Auffassungen Zwinglis und Calvins lassen sich auch in der divergierenden Praxis des Zürcher und des Genfer Ehegerichts erkennen: während Genf nur den Scheidungsgrund des Ehebruchs kannte und die bösliche Verlassung diesem gleichstellte⁵, gehörte Zürichs Ehescheidungsrecht nach der Reformation zu den freiesten seiner Zeit⁶. Seine Ehegerichtsordnung von 1525 stellte bereits einen generellen

¹ Zur Ehescheidung nach Luthers Auffassung: DIETERICH, Das protestantische Eherecht, S. 69 ff.; HESSE, Evangelisches Ehescheidungsrecht, S. 12 ff.; MAY, Die Stellung des deutschen Protestantismus, S. 12 f.; E. KINDER, Luthers Stellung zur Ehescheidung, in: Luther, Mitteilungen der Luthergesellschaft, Berlin 1953, H. 2, 27 ff.; J. WALZ-KEGEL, Der Einfluß Luthers auf das materielle Ehescheidungsrecht, Diss. iur. Tübingen 1948 (Masch. Schr.).

² Zu Calvins Einstellung zur Ehescheidung vgl. W. KÖHLER, Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium, II, S. 505–652.

³ HESSE, Evangelisches Ehescheidungsrecht, S. 22.

⁴ Ebd., S. 23; MAY, Die Stellung des deutschen Protestantismus, S. 14. Die Verschiedenheit der Ansichten betreffend die Ehescheidung kann man aber nicht einfach den einzelnen reformatorischen Bekenntnissen genau abgegrenzt zuweisen; der Gegensatz zwischen der milden und der strengen Richtung geht quer durch die Konfessionen (MAY, Die Stellung des deutschen Protestantismus, S. 15).

⁵ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 342. Siehe dazu: Ch. Du Bois-MELLY, De la désertion malicieuse et de l'adultère, de la séparation conjugale et du divorce sous l'ancienne législation genevoise, Genève 1889.

⁶ Zur Zürcher Praxis siehe W. KÖHLER, Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium, I: Das Zürcher Ehegericht und seine Auswirkung in der deutschen Schweiz zur Zeit Zwinglis, Quellen und Abhandlungen zur schweizerischen Reformationsgeschichte, hrsg. vom Zwingliverein in Zürich, VII, Leipzig 1932; P. WEHRLI, Die Ehescheidung zur Zeit Zwinglis und in den nachfolgenden Jahrhunderten, in: Zürcher Taschenbuch 1934, S. 61–95; S. ROST, Die Einführung der Ehescheidung in Zürich und deren Weiterbildung bis 1798, Diss. iur. Zürich, Zürich 1935.

Scheidungsgrund neben den Ehebruch: «größere Sachen und dergleichen, darin nieman von unglyche der sachen kein gwiß gsatz machen kann»¹. Schrittweise folgten die übrigen evangelischen Kantone Zürich in der freieren Gestaltung des Scheidungsrechts nach².

Daneben begegnet uns auch in den evangelischen Ehegesetzen die Trennung von Tisch und Bett, aber nur im Sinn einer vorübergehenden Prüfungsfrist, nach deren Ablauf entweder die gänzliche Scheidung oder die Wiedervereinigung der Ehegatten ausgesprochen wurde³.

Nicht erlaubt war in allen evangelischen Kantonen die private Scheidung. Schon bald nach der Reformation schufen die zum neuen Glauben übergetretenen Kantone neue staatliche Instanzen zur Behandlung der Eheangelegenheiten. In Zürich konstituierte Zwingli 1525 das erste evangelische Ehegericht nach der ersten evangelischen Ehegerichtsordnung. Nach Zürcher Vorbild fand es alsdann in den anderen reformierten Territorien Eingang⁴. Allerdings hießen diese obrigkeitlichen Gerichte in den einzelnen Orten verschieden, zum Beispiel Ehegericht in Zürich und Basel, Chorgericht in Bern, Matrimonialgericht in Schaffhausen, Ehegericht und Ehegaume in Appenzell A. Rh.⁵. Oft gehörte nebst den Eheangelegenheiten noch die Aufsicht über die öffentlichen Sitten zu ihrem Aufgabenkreis⁶.

¹ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 344; J. C. BLUNTSCHLI, Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich, II, Zürich 1839, S. 139.

² Vgl. beispielsweise die Entwicklung in Basel bei A. STAEHELIN, Die Einführung der Ehescheidung in Basel zur Zeit der Reformation, Basel 1957 (Basler Studien zur Rechtswissenschaft, H. 45). – Die allmähliche Vermehrung der Scheidungsgründe zeigt auch die Entwicklung in der Praxis der Ehegerichte in Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert: MAY, Die Stellung des deutschen Protestantismus, S. 19 ff.

³ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 346.

⁴ Vgl. zur Verbreitung der Ehegerichte nach Zürcher Vorbild neben dem bereits zitierten Werk von KÖHLER, Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium, II, S. 231–441 auch: DERS., Die Anfänge des protestantischen Eherechtes, in: ZRG, kan. Abt. 30 (1941) 271–310; BLÖSCH, Geschichte, S. 110–117. – Zur Entwicklung der evangelischen Ehegerichte in Deutschland, wo sie sich nicht so schnell ausbildeten: A.-P. HECKER, Die historische Entwicklung des Ehescheidungsprozeßrechts, Diss. iur. Frankfurt am Main 1967; Hesse, Evangelisches Ehescheidungsrecht, S. 51–68.

⁵ HUBER, System und Geschichte, IV, S. 344; für Bern: GUGGISBERG, Bernische Kirchengeschichte, S. 176 ff., 272 ff. und 530 ff.; für Appenzell Außerrhoden: BAUMANN, Rechtsgeschichte Appenzell, S. 32 ff.; für Appenzell A. Rh. und Glarus: BLUMER, Staats- und Rechtsgeschichte, II/2, S. 159 ff.; für Schaffhausen: J. WIPF, Die Schaffhauser Ehegerichtsordnung von 1529, in: Zwingliana, IV (1921–1926), S. 289–296.

⁶ So war das Berner Chorgericht beispielsweise auch allgemeines Sittengericht (GUGGISBERG, Bernische Kirchengeschichte, S. 176 ff., 272 ff.).

In diesen Gerichten war das geistliche Element stark vertreten. So gehörten in Zürich dem Ehegericht neben je zwei Mitgliedern des Großen und des Kleinen Rates zwei Geistliche an; in Bern waren zwei von sechs, in Appenzell A. Rh. zwei von acht Mitgliedern des Ehegerichts geistlichen Standes¹. Je nach der Intensität der geistlichen Mitwirkung und der Stellung des Gerichts zum Staat ist es im Einzelfall zu entscheiden, ob sie als staatliche oder kirchliche Instanzen zu qualifizieren sind, insofern in diesen «geistlich-weltlichen Gemeinwesen» eine solche Unterscheidung getroffen werden kann².

Die weitere Entwicklung des Scheidungsrechts in den evangelischen Kantonen ist gekennzeichnet durch eine weitere Vermehrung der Scheidungsgründe einerseits, eine Beschränkung des geistlichen Elementes in den Ehegerichten andererseits. Naturrecht und Aufklärung schufen schließlich die theoretische Grundlage für die Einführung einer rein bürgerlichen Ehegesetzgebung, welche die Ehe wie andere zivilrechtliche Verträge behandelte³.

Allerdings ist dieser Entwicklungsstand bei der Vereinheitlichung des persönlichen Eherechts in der Schweiz 1874 nicht von allen reformierten Kantonen erreicht. So wurden die Sondergerichte für Ehesachen in den einzelnen evangelischen und paritätischen Kantonen erst im Verlaufe des 19. Jahrhunderts aufgehoben, zuerst in Zürich und Bern (1831), zuletzt in St. Gallen (1874/78), Basel-Stadt (1875), Appenzell A. Rh. (1876) und Glarus (1887)⁴. Werfen wir einen kurzen Blick auf das Scheidungsrecht in den verschiedenen reformierten Kantonen vor der einheit-

¹ BLOESCH, Geschichte der schweizerisch-reformierten Kirchen, I, S. 110, 113; BAUMANN, Rechtsgeschichte Appenzell, S. 34.

² Vgl. dazu KÖHLER, Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium, I, S. 278 f.; U. STUTZ, Zu den ersten Anfängen des evangelischen Eherechts, in: ZRG kan. Abt. 22, S. 307 ff. Als eindeutig kirchliche Behörde ist das Genfer Consistoire zu betrachten (KÖHLER, ebd., S. 279).

³ Eine Darstellung der Entwicklung des evangelischen Eherechts und Eheprozesses in den einzelnen Kantonen fehlt zumeist. Kurze Überblicke finden sich oft in Arbeiten, die sich mit der Kodifikation des kantonalen Privatrechts befassen. Eine kurze Synopsis der kantonalen Entwicklung bei HUBER, System und Geschichte, IV, S. 343 ff. Vgl. zur Entwicklung in Deutschland: A.-P. HECKER, Die historische Entwicklung des Ehescheidungsprozessrechts, Diss. iur. Frankfurt a. M. 1967, S. 54 ff.; HESSE, Evangelisches Ehescheidungsrecht, S. 72 ff.; MAY, Die Stellung des deutschen Protestantismus, S. 20 ff.; DIETERICH, Das protestantische Eherecht, S. 167 ff.; C. H. SCHLEIFER, Die Ehescheidung im deutschen Rechtskreis während des 19. Jahrhunderts, Diss. iur. Kiel 1972, S. 20 ff.

⁴ Zur Abschaffung der Ehegerichte: JÄGGI, Verweltlichtes Eherecht, S. 11; HIS, Geschichte, II, S. 327, 333, 649; III, S. 488 f.

lichen Regelung im Bundesgesetz über die Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und die Ehe vom 24. Dezember 1874.

Das von Johann Caspar Bluntschli geschaffene Privatrechtliche Gesetzbuch des Kantons Zürich von 1854 regelte die Ehescheidung in den §§ 182–197 ausführlich¹. Darin finden sich folgende Scheidungsgründe: Ehebruch, unnatürliche Wollust, verdächtiger Umgang, erhebliche eheliche Untreue, böswillige Verlassung, Unfähigkeit zum Beischlaf, Nachstellung nach dem Leben, schwere Mißhandlung, schwere gerichtliche Verleumdung oder eine tiefe, das eheliche Leben dauernd zerrüttende Ehrenkränkung, Verurteilung wegen eines gemeinen Verbrechens, ausschweifende oder verschwenderische Lebensart oder habituelle Trunkenheit, Verweigerung des nötigen Lebensunterhaltes, fortgesetzte lieblose oder pflichtwidrige Behandlung, Geisteskrankheit, Blödsinn, eine unheilbare und ekelhafte Krankheit, Epilepsie und mit verschiedenen Vorbehalten ein gemeinsames Scheidungsbegehren². Anstatt auf Scheidung konnte auch auf zeitweilige Trennung von Tisch und Bett geklagt werden³. Den Geistlichen verblieb eine gewisse Mitwirkung beim Scheidungsverfahren: Einreichung der Klage beim Pfarramt und Aussöhnungsversuch⁴.

Die Artikel des Schaffhauser Privatrechtlichen Gesetzbuches von 1864 betreffend die Ehescheidung stellten zum größten Teil eine wörtliche Übernahme des Zürcher Gesetzestextes dar⁵. Einzig den Zürcher Scheidungsgrund der Verweigerung des Lebensunterhaltes finden wir im Schaffhauser Gesetzbuch nicht.

Die Baselstädtische Ehegerichtsordnung von 1837 kannte nur vier bestimmte Scheidungsgründe: Ehebruch, böswillige Verlassung, Verurteilung zu einer mindestens vierjährigen Freiheitsstrafe oder zu einer sechsjährigen Landesverweisung infolge eines kriminellen Vergehens und die Versagung der ehelichen Pflicht⁶. Daneben sah das Basler Recht aber

¹ Zum Scheidungsrecht im Zürcher PGB siehe: GUGGENBÜHL, Die Entstehung, S. 103f.; BAUHOFFER, Entstehung und Bedeutung, S. 34.

² Gegenüber dem Zürcher Matrimonialgesetz von 1804 bedeutete dieser Katalog der Scheidungsgründe eine gewisse Einschränkung; unter anderem fiel der Scheidungsgrund der Religionsänderung weg. Zu den Gründen im Gesetz von 1804 siehe: D. ZIMMERMANN, Das persönliche Eherecht des zürcherischen Matrimonialgesetzes von 1804, Diss. iur. Zürich 1943, S. 63ff.

³ §§ 199–201.

⁴ §§ 176–179, 198, 203; eine ähnliche geistliche Mitwirkung sieht auch das Schaffhauser Recht vor: PGB 1864, §§ 168 bis 170, 193.

⁵ Schaffhausen, PGB 1864, §§ 173–190.

⁶ §§ 51–66 der Ehegerichtsordnung für den Kanton Basel-Stadttheil, in Wirk-

noch den generellen Scheidungsgrund der Zerrüttung vor, der aber erst nach vorhergehender zeitweiliger Trennung eintreten konnte¹.

Auch die Ehesatzungen des Kantons Appenzell A. Rh. von 1860 stellten gegenüber jenen von 1836 neu den Scheidungsgrund der Zerrüttung auf: die Ehe konnte geschieden werden, «wenn der Richter zur Überzeugung gelangt, daß die eheliche Gesinnung beider Ehegatten innerlich gebrochen und zerstört ist»². Beide Satzungen anerkennen noch den Scheidungsgrund der Religionsänderung³.

C. Scheidung und Trennung in den paritätischen Kantonen

In den genannten vier evangelischen Kantonen gelangte das staatliche Ehescheidungsrecht gegenüber allen Kantonsbürgern gleichermaßen zur Anwendung. In einigen paritätischen Kantonen hingegen stand das staatliche Ehescheidungsrecht nur gegenüber den Reformierten in Geltung. Andere paritätische Kantone regelten das Ehescheidungsrecht umfassend und erklärten es für bindend gegenüber Reformierten und Katholiken, sprachen für die Katholiken aber nur die Trennung von Tisch und Bett, nicht aber die vollständige Scheidung aus.

Zur ersten Gruppe der paritätischen Kantone gehörten St. Gallen, Glarus und Graubünden: hier galt für die Katholiken das kanonische Recht, für die Reformierten staatliches Ehescheidungsrecht. Bei dieser unterschiedlichen Behandlung ist die Trennlinie bei gemischten Ehen von besonderem Interesse.

Gemäß der St. Galler Ehesatzung vom 9. Juni 1840 hatten die evangelischen Matrimonialgerichte auf einen Fall dann einzutreten, wenn der

samkeit getreten den 1. August 1837 (Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizei-Verordnungen, IX, Basel 1839, S. 92 ff. Baselland wandte auch nach der Landstrennung von 1833 bis 1875 die alte Basler Ehegerichtsordnung von 1747 an (JÄGGI, Verweltlichtes Eherecht, S. 10 Anm. 17).

¹ § 69 f. Siehe dazu: B. SCHULTHESS, Die Entstehung und Entwicklung des allgemeinen Scheidungsgrundes (objektive Zerrüttung) unter spezieller Berücksichtigung der Basler Rechtsquellen und der Basler Gerichtspraxis seit 1717, Diss. iur. Basel 1961 (Masch. Schr.).

² Ehesatzung vom 28. Oktober 1860, Art. 31 (Gesetzbuch für den Kanton Appenzell Außerrhoden, I, Herisau 1864, S. 210 ff.). Die «Ehesatzung, angenommen in der Landsgemeinde zu Trogen am 25. Herbstmonat 1836» findet sich im 1. Landbuch von 1845, S. 82 ff.

³ Ehesatzung 1860, Art. 28; Ehesatzung 1836, Art. 54. Darunter fällt auch die Änderung der Konfession. – Zum Außerrhoder Scheidungsverfahren: BAUMANN, Rechtsgeschichte Appenzell, S. 32 ff.; BLUMER, Staats- und Rechtsgeschichte, II/2, S. 163 f.

Mann sich zur evangelischen Konfession bekannte¹. Diese Aufteilung, wonach die Konfession des Mannes das Kriterium bildete, nahm auch § 61 des Glarner Gesetzes betreffend die Verrichtungen des Ehegerichts vor.² Bei einem Rekurs gegen die erste Instanz kamen aber gemäß demselben Paragraphen in zweiter Instanz alle Mischehen vor das Glarner «Kantonshegericht». Das Ehescheidungsrecht des Glarner BGB von 1870 fand dann ausnahmslos auf alle gemischten Ehen Anwendung³. Ein anderes Kriterium für die Zuweisung der gemischten Ehen kannte das Bündner Recht. Gemäß dem Civilgesetzbuch von 1862 waren bei gemischten Ehen die Ehegerichte jener Konfession zuständig, in der die Ehe getraut wurde⁴.

Eigene Wege ging der Bündner Gesetzgeber auch bei den Scheidungsgründen. Als einziges Gesetzbuch der paritätischen und evangelischen Kantone führte es die Scheidungsgründe nicht auf, sondern verfügte in § 54 Abs. 3 kurz: «Den Ehegerichten hat bei Beurteilung der Ehescheidungsgründe, abgesehen von dem § 30 dieses Gesetzes, das Eherecht ihrer Konfession als Norm zu dienen». Das Bürgerliche Gesetzbuch des Kantons Glarus von 1870 hingegen besaß im wesentlichen den gleichen Katalog von Scheidungsgründen wie das Zürcher Privatrechtliche Gesetzbuch⁵. Weniger zahlreich waren die Scheidungsgründe im früheren Glarner Gesetz betreffend die Verrichtungen des Ehegerichts⁶, vergleichbar mit jenen der St. Galler Ehesatzung von 1840⁷. Gegenüber dem Zürcher Eherecht fielen in St. Gallen folgende Scheidungsgründe weg: erhebliche eheliche Untreue, schwere gerichtliche Verleumdung, tiefe Ehrenkränkung, habituelle Trunkenheit, Verweigerung des nötigen Lebensunterhalts, fortgesetzt lieblose und pflichtwidrige Behandlung und das gemeinsame Scheidungsbegehren.

¹ § 78 der «Ehesatzung für den evangelischen Konfessionstheil des Kantons St. Gallen», vom 9. Juni 1840 (Sammlung der Gesetze und Beschlüsse des Großen und Kleinen Raths des Kantons St. Gallen, VIII (1840–1842), S. 75–95). Diese Scheidung der Zuständigkeit der konfessionellen Gerichte nimmt auch Art. 6 Ziff. 6 der St. Galler Kantonsverfassung vom 17. November 1861 vor (Sammlung, XV, S. 124).

² Landbuch des Kantons Glarus, Glarus 1861, S. 225 ff. Das Gesetz trägt kein Datum.

³ § 183 Abs. 2 des Glarner BGB nimmt nur noch die «unter kirchlicher Mitwirkung abgeschlossenen Ehen zwischen Personen, welche beidseitig der katholischen Konfession angehören», vom Ehescheidungsrecht aus.

⁴ Graubünden, CGB 1862, § 54.

⁵ Glarus, BGB 1870, §§ 183–200.

⁶ §§ 120–133 des Gesetzes betreffend die Verrichtungen des Ehegerichts (Anm. 2).

⁷ §§ 80–88 der Ehesatzungen vom 9. Juni 1840 (Anm. 1).

Die zweite Gruppe der paritätischen Kantone, nämlich Bern, Aargau, Thurgau und Solothurn¹, folgten bei der Regelung des Eherechts in ihren Kodifikationen dem österreichischen ABGB von 1811². Wie dieses kannten sie ein ausführliches, für Reformierte und Katholiken geltendes Eherecht. Für die Angehörigen beider Konfessionen waren die gleichen Scheidungsgründe maßgebend, bei den Reformierten führten sie zur gänzlichen Scheidung, bei den Katholiken nur zur Trennung von Tisch und Bett.

Solothurn, der einzig vorwiegend katholische Kanton in dieser Gruppe, nahm am meisten Rücksicht auf das katholische Eheverständnis. Für die Trennung katholischer Ehepaare waren hier die geistlichen Gerichte zuständig³. Ihr Urteil erhielt aber erst mit der Protokollierung durch das zuständige Amtsgericht bürgerliche Wirkung⁴. Das bischöfliche Ehegericht entschied auch in Eheangelegenheiten der katholischen Einwohner des Berner Jura, da Bern auf die Einführung seines Zivilgesetzbuches in den «Leberbergischen Ämtern» verzichtete. Für die reformierten Jurasier galt der Code civil français⁵. Im alten Kantonsteil Berns, im Aargau und Thurgau aber waren die ordentlichen Gerichte für die Ehesachen der Reformierten und Katholiken zuständig⁶.

¹ Zwar können die Kantone Bern und Solothurn nicht zu den ursprünglich paritätischen Kantonen gezählt werden. Doch nach der Kantoneinteilung zu Beginn des 19. Jahrhunderts besaßen sie nicht unbeträchtliche katholische, beziehungsweise evangelische Territorien.

² Zum österreichischen Einfluß auf das kantonale Zivilrecht: CARLEN, Österreichische Einflüsse, S. 15 ff. Im österreichischen ABGB von 1811, das in diesem Teil das Ehepatent Josephs II. von 1783 weiterführte, kodifizierte zwar der Staat das gesamte persönliche Eherecht, verbot aber die Scheidung der Ehen von Katholiken (§ 111). Es stellte einen Katalog von Trennungsgründen auf und bezeichnete die wichtigeren davon als Scheidungsgründe (§ 115). Vgl. D. SCHWAB, Grundlagen und Gestalt der staatlichen Ehegesetzgebung in der Neuzeit bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Bielefeld 1967, S. 217 f. (Schriften zum deutschen und europäischen Zivil-, Handels- und Prozeßrecht, Bd. 45).

³ Solothurn, CGB 1841, § 170. Siehe zur Solothurner Regelung: WALLISER, Der Gesetzgeber Joh. Baptist Reinert, S. 280 ff.

⁴ Solothurn, CGB 1841, § 172.

⁵ Zum jurassischen Eherecht siehe neben der oben S. 23 Anm. 4 angeführten Literatur: LEUENBERGER, Vorlesungen, IV, S. 149 ff.; A. BERNEL, Le droit du Code civil français applicable au Jura bernois, Diss. iur. Bern, Genf 1955, S. 26.

⁶ Aargau: BGB, § 127 spricht von «ordentlichen Gerichten»; gemäß dem Thurgauer PGB von 1860 (§ 128 ff.) ist nach dem Aussöhnungsversuch durch das Pfarramt und die Kirchenvorsteherschaft das Bezirksgericht zuständig; Bern: Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden, vom 31. Juli 1847, § 45 (Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Cantons Bern, II (1847), S. 252).

Unterschiede zum österreichischen Vorbild und zwischen den einzelnen Kantonen ergeben sich in der Behandlung der gemischten Ehen. Nach dem österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch fand das Scheidungsrecht der Katholiken auch auf den reformierten Teil Anwendung, war eine konfessionelle Mischehe also nur zu Tisch und Bett trennbar¹. Dieser Lösung kam Solothurn am nächsten, das katholisch getraute Mischehen als nicht gänzlich scheidbar erklärte². Bei den übrigen Mischehen gestalteten sich in Solothurn die Folgen der Auflösung «für jeden Theil nach dem gesetzlichen Begriffe seines Glaubensbekenntnisses»³, der reformierte Partner konnte sich wieder verehelichen, dem katholischen blieb dies versagt. Diese Regel galt gemäß § 22 des bürgerlichen Gesetzbuches des Kantons Aargau generell für alle Mischehen. Das bernische Civilgesetzbuch schieg sich zu diesem Punkt aus, gemäß einem «Judikat» vom 30. Juni 1848 galten auch hier für den katholischen Partner die Folgen der Trennung, für den reformierten Teil jene der gänzlichen Scheidung⁴. Im Thurgau schließlich erfuhr die gänzliche Scheidung eine noch weitere Anwendung: nur «bei einer Ehe zwischen katholischen Glaubensgenossen, die unter katholischer kirchlicher Mitwirkung geschlossen wurde», war sie nicht zulässig⁵.

D. Der Einfluß des Code civil français

Das französische Recht wirkte vor allem auf das Ehescheidungsrecht der reformierten Kantone der Westschweiz. Genf behielt durch Gesetz vom 6. Januar 1815 den Code civil auch nach der Ablösung von Frankreich bei. Anders als Frankreich, das im Zuge der Restauration durch ein Gesetz vom 8. Mai 1816 die Ehescheidung aufhob⁶, blieb es beim Ehescheidungsrecht des Code Napoléon, der die vollständige Scheidung ermöglichte⁷.

¹ Österreichisches ABGB von 1811, § 111.

² Solothurn, CGB von 1841, § 143.

³ Solothurn, CGB von 1841, § 142.

⁴ LEUENBERGER, Vorlesungen, IV, S. 131.

⁵ Thurgau: PGB von 1859, § 127 Abs. 2. Zur Geschichte dieser Norm: KUNDERT, Zivilgesetzgebung, S. 163 ff.

⁶ Erst durch Gesetz vom 27. Juli 1884 führte Frankreich die Ehescheidung aus bestimmter Ursache wieder ein, nicht aber die einverständliche Scheidung, wie sie der alte Code Napoléon kannte (Handbuch des Französischen Civilrechts, begründet von Z. VON LINGENTHAL, bearbeitet von C. CROME, 8. Aufl., III, Freiburg i. Br. 1895, S. 6).

⁷ Genf, Code civil, Art. 229 ff.

In Genf, Waadt und Neuenburg – wie auch gemäß dem Code Napoléon (Art. 234 ff.) – entschieden bürgerliche Gerichte über die Eheangelegenheiten der Angehörigen aller Konfessionen in gleicher Weise¹. Einzig für die Katholiken in den ehemals savoyischen Gebieten Genfs war gemäß dem Turiner Vertrag vom 16. März 1816 das bischöfliche Ehegericht zuständig, welches nach kanonischem Recht urteilte². Dieser Sonderstatus blieb bis zum eidgenössischen Zivilstands- und Ehegesetz von 1874 bestehen³.

Bei den Scheidungsgründen schloß sich Genf ganz, Neuenburg und Waadt eng an den Code Napoléon an, der die bestimmten Gründe Ehebruch, grobe Mißhandlung, schwere Beleidigung und Verurteilung zu einer entehrenden Strafe⁴ und dazu die Scheidung infolge Übereinstimmung der Ehegatten (*par consentement mutuel*) kannte⁵. Neuenburg fügte in seinem Zivilgesetzbuch diesen Scheidungsgründen noch die unheilbare Geisteskrankheit und die böswillige Verlassung hinzu⁶. Das Waadtländer Zivilgesetzbuch von 1820 sah neben den Gründen des französischen Rechts zusätzlich vor: unheilbare Geisteskrankheit von fünfjähriger Dauer, unheilbare, ansteckende Krankheit, böswillige Verlassung von fünfjähriger Dauer⁷.

2. Kapitel

DAS BUNDESGESETZ BETREFFEND DIE GEMISCHTEN EHEN, vom 3. Dezember 1850

I. DER RECHTSZUSTAND NACH INKRAFTTRETEN DER BUNDESVERFASSUNG

Das letzte Kapitel zeigte, daß das kantonale Eheschließungsrecht bis 1848 und darüber hinaus bis zum zweiten Bundesstaat 1874 stark konfessionell geprägt blieb: für die Katholiken galt fast uneingeschränkt

¹ Genf, Code civil, Art. 229 ff.; Neuenburg, Code civil, Art. 168 ff.; Waadt, Code civil, Art. 128 ff.; HILRY, Die Hauptdifferenzen, S. 91.

² Art. XII des Turiner Vertrages (Recueil authentique de Genève, II, S. 520 f.).

³ Zwar wurde durch ein Gesetz vom 12. Oktober 1861 (Recueil authentique, 47, S. 434) die Zivilehe auch für Katholiken für obligatorisch erklärt, allein die kirchliche Gerichtsbarkeit im katholischen Teil Genfs wurde davon nicht betroffen.

⁴ Code Napoléon, Art. 230 ff.

⁵ Code Napoléon, Art. 275 ff.

⁶ Neuenburg, Code civil von 1853, Art. 168 ff.

⁷ Waadt, Code civil von 1820, Art. 128 ff.